

Begründung zur Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet
"Roter Moor und Altes Moor"

Inhaltsverzeichnis:

1	Anlass der Ausweisung des Landschaftsschutzgebiets	2
2	Gebietsbeschreibung	2
2.1	Kurzcharakteristik/Gebietsprägende Landschaftselemente	2
2.2	Abgrenzung des LSG	2
2.3	Nutzungen und Eigentumsverhältnisse	3
3	Schutzwürdigkeit	3
4	Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit	3
5	Entwicklungsziele	3
6	Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfes	4
6.1	Schutzbestimmungen (Verbote)	4
6.2	Zulässige Handlungen.....	6
6.3	Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen	11
	Anhang.....	13

1 Anlass der Ausweisung des Landschaftsschutzgebiets

Im Zuge der Ausweisung des Naturschutzgebietes (NSG) „Wümmeniederung mit Rodau, Wiedau und Trochelbach“ wurde das Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Wümmeniederung von der Amtsbrücke Rotenburg aufwärts bis an die Wümmebrücke vor dem Dorfe Wümme“ größtenteils aufgehoben. Bei Stemmerfeld ist jedoch ein größerer Bereich durch das noch vorhandene o.g. LSG geschützt, der über die Grenzen des NSG hinausgeht. Da weder der Verordnungsinhalt noch die Abgrenzung den heutigen Gegebenheiten entsprechen, wird das LSG „Roter Moor und Altes Moor“ ausgewiesen und das LSG „Wümmeniederung von der Amtsbrücke Rotenburg aufwärts bis an die Wümmebrücke vor dem Dorfe Wümme“ im Geltungsbereich aufgehoben.

Der Anlass zur Ausweisung des LSG besteht in der Schutzwürdig- sowie Schutzbedürftigkeit des Gebietes, welches als angrenzendes Gebiet zum NSG „Wümmeniederung mit Rodau, Wiedau und Trochelbach“ zu schützen ist. In dem Gebiet kommen viele wertvolle Biotope wie Erlen-Bruchwälder sowie Birken- und Kiefern-Bruchwälder und Eichenwälder vor. Teilweise sind sie sogar als Lebensraumtypen (LRT) nach der FFH-Richtlinie einzustufen. Die vorhandenen Grünlandflächen werden unterschiedlich intensiv genutzt und sind zum Teil feucht bis nass. Zudem sind eingestreut in den Bruchwäldern offene sumpfige Bereiche zu finden.

2 Gebietsbeschreibung

2.1 Kurzcharakteristik/Gebietsprägende Landschaftselemente

Das LSG liegt in der naturräumlichen Einheit "Wümmeniederung" im Naturraum "Stader Geest" und befindet sich nördlich des Naturschutzgebietes "Wümmeniederung mit Rodau, Wiedau und Trochelbach" bei Stemmerfeld und nordöstlich der Ortschaft Stemmen (Samtgemeinde Fintel) im Landkreis Rotenburg (Wümme).

Im nordöstlichen Teil des LSG befinden sich Erlen-Bruchwälder sowie Birken- und Kiefern-Bruchwälder mit eingestreuten offenen Bereichen bestehend aus Grünlandflächen und Sümpfen. Im zentralen Bereich dominieren Eichen-Mischwälder und Kiefernwälder neben überwiegend nassen Grünlandflächen und Birkenbruchwald. Der südliche Teilbereich des LSG besteht aus intensiv genutzten Grünlandflächen.

2.2 Abgrenzung des LSG

Die Grenze des LSG orientiert sich an dem Grenzverlauf des vorherigen LSG und wurde an die heutigen Nutzungsgrenzen angepasst. Im Osten grenzt das LSG an das NSG "Wümmeniederung mit Rodau, Wiedau und Trochelbach". Die LSG-Grenze wurde größtenteils auf vorhandene Flurstücksgrenzen gelegt oder an markante Landschaftsbestandteile wie Gräben, Wege und Nutzungsgrenzen angepasst.

Die Grenze des LSG, in der Karte als graue Linie dargestellt, verläuft auf der dem LSG abgewandten Seite der grauen Linie. Gräben und lineare Gehölzstrukturen, die von der grauen Linie berührt werden, sind Bestandteil des LSG.

2.3 Nutzungen und Eigentumsverhältnisse

Ein ca. 1,3 ha großer sumpfiger Bereich im Norden des Gebiets ist Landeseigentum. Die restlichen Flächen sind Privateigentum. Die Grünlandflächen im südlichen Teilbereich (ca. 10 ha) werden intensiv genutzt. Im nördlichen und zentralen Bereich werden einige der Grünlandflächen extensiv genutzt. Die forstwirtschaftliche Nutzung ist in dem Gebiet unterschiedlich intensiv

3 Schutzwürdigkeit

In dem Gebiet kommen verschiedene LRT vor. Mehrere kleinere Flächen sind nach der Basiserfassung von 2002 dem LRT 91D0 „Moorwälder“ zugeordnet. An der Grenze zum NSG „Wümmeniederung mit Rodau, Wiedau und Trochelbach“ befinden sich einige Flächen des LRT 91E0 „Auenwälder mit Erle, Esche und Weide“. Zudem wurden noch drei kleinere Flächen als LRT 9190 „Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche“ erfasst. Auch die eingestreuten offeneren Bereiche, bestehend aus nährstoffreichen Sümpfen und Sauergras- und Binsenrieden, sind wertvolle und schützenswerte Biotope. Dies gilt ebenfalls für die nassen Grünlandflächen, die sich im nördlichen und zentralen Bereich befinden. Die im Süden gelegenen intensiv genutzten Grünlandflächen sind als großer zusammenhängender Grünlandkomplex schützenswert. Eine Entwicklung zu extensiverer Nutzung ist hier anzustreben.

Einige Grünlandflächen und die Bruchwälder sind gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NNatSchG geschützt. Die Bestimmungen der gesetzlich geschützten Biotope werden von dieser Verordnung nicht berührt, sondern durch bestimmte Nutzungsaufgaben vielmehr konkretisiert.

4 Gefährdungen und Schutzbedürftigkeit

Das Gebiet wird aufgrund der umliegenden intensiven landwirtschaftlichen Nutzung beeinträchtigt. Die Bruchwälder samt den offenen Sumpfflächen sowie die nassen Grünlandflächen werden durch die bestehende Entwässerung bereits beeinträchtigt und sind vor weiteren Entwässerungsmaßnahmen zu schützen. Alle Waldbestände sind zudem durch Einbringung nicht standortheimischer Baum- und Straucharten und durch eine intensivere Nutzung (Wegeneubau, vermehrter Pflanzenschutzmitteleinsatz, Bodenschutzkalkungen, Kahlschlag) gefährdet. Die Grünlandflächen können hingegen durch weitere Intensivierungen wie z.B. die Grünlandumwandlung oder die Beweidung mit hohen Viehdichten beeinträchtigt werden. Ebenso können die Grünlandflächen durch Nutzungsaufgaben gefährdet werden. Zum Schutz der genannten Flächen sind Regelungen zu der forst- und landwirtschaftlichen Nutzung erforderlich.

5 Entwicklungsziele

Ziele	Maßnahmen
Erhaltung und Entwicklung naturnaher Wälder mit Erlen-Bruchwäldern, Birken- und	▪ Förderung von standortheimischen Baumarten

Kiefern- Bruchwäldern, Eichen-Mischwäldern, Kiefernwäldern sowie sonstigen standortheimischen Laubwaldbeständen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhalt von Totholz, Altholz und Habitatbäumen ▪ Sicherung des Wasserhaushalts ▪ Ggf. Pflegemaßnahmen ▪ Ggf. Maßnahmen zur Wiedervernässung
Erhaltung und Entwicklung von artenreichen, möglichst extensiv genutzten Grünlandflächen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelungen zur Beweidung und zur Grünlanderneuerung ▪ Ggf. Pflegemaßnahmen ▪ Ggf. Extensivierung der intensiv genutzten Grünlandflächen sowie eine Umwandlung von Acker in Grünland
Erhaltung und Entwicklung von Sauergras- und Binsenrieden und sonstigen nährstoffreichen Sümpfen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung und Optimierung des Wasserhaushalts ▪ Ggf. Pflegemaßnahmen wie Entkusselung
Schutz und Förderung der wild lebenden Pflanzen und Tiere	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Extensive Nutzung von artenreichen Grünlandflächen ▪ Belassen von Totholz ▪ Vermeidung von Stoffeinträgen/Pflanzenschutzmitteln ▪ Regelungen zur Freizeitnutzung
Erhaltung der Ruhe und Ungestörtheit des LSG	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelungen zur Freizeitnutzung ▪ Möglichst kein neuer Wegebau

Tabelle 1: Ziele und zur Zielerreichung erforderliche Maßnahmen für das geplante LSG "Roter Moor und Altes Moor"

6 Übersicht über die Regelungen des Verordnungsentwurfes

6.1 Schutzbestimmungen (Verbote)

Gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG sind im LSG alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Entsprechende Handlungen sind im § 3 der Verordnung aufgelistet. So soll u.a. sichergestellt werden, dass Maßnahmen, die der Erhaltung und Entwicklung der Waldbestände und Grünlandflächen entgegenstehen, verboten sind.

Gemäß § 3 Satz 2 Nr. 1 ist es verboten, Hunde unangeleint laufen zu lassen. Dieses Verbot dient der Förderung der Ruhe und Ungestörtheit des LSG (siehe § 2 Abs. 2 Nr. 6) und trägt insbesondere dazu bei Störungen im Lebensraum von Vogelarten und anderen Tierarten zu vermeiden. Für Hunde, die im Einsatz als Hüte- oder Herdenschutzhund oder Diensthund sind, gilt das Anleingebot nicht. Ebenso wenig für Jagd- und Rettungshunde. Die Hundeausbildung im Allgemeinen unterliegt dem Verbot. Soweit der Jagdausübungsberechtigte im NSG eigene Jagdhunde ausbildet, unterliegt die Ausbildung der Freistellung gemäß § 4 Abs. 4 der Verordnung, weil die Ausbildung von Jagdhunden unter die ordnungsgemäße Jagdausübung fällt.

Das Verbot gemäß § 3 Satz 2 Nr. 2 Röhrichte in der Zeit vom 01. März bis 30. September eines jeden Jahres zurückzuschneiden, entspricht § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG. Abweichend von § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG gibt es im LSG aber keine Ausnahme für Behörden wie z. B. Unterhaltungsverbände, da die Röhrichtbestände für viele Arten einen wichtigen Lebensraum darstellen und vor allem zur Fortpflanzungs- und Schlupfzeit nicht zerstört werden dürfen.

§ 3 Satz 2 Nr. 3 verbietet die Beseitigung und Beeinträchtigung von Landschaftselementen und anderen prägenden Gehölzen und Gehölzstrukturen. Diese linearen und punktförmigen Elemente wie z. B. Einzelbäume, Baumreihen oder naturnahe Gebüsche sind für die gesetzlich geforderte Biotopvernetzung gemäß § 21 Abs. 6 BNatSchG notwendig und daher zu erhalten. Fachgerechte Pflegemaßnahmen zur Verjüngung des Bestandes sind in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar des Folgejahres gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 9 erlaubt. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit sind gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 10 zulässig. Insofern wird die Regelung des § 5a NNatSchG konkretisiert.

Um Störungen im Lebensraum verschiedenster Tierarten (insbesondere Vogelarten) zu vermeiden, ist es im Bereich des LSG gemäß § 3 Satz 2 Nr. 5 verboten die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören.

Gemäß § 3 Satz 2 Nr. 6 sollen Veranstaltungen in dem LSG unterbleiben, da sie die Ruhe und Ungestörtheit des Gebietes beeinträchtigen können. Für Veranstaltungen, die mit dem Schutzzweck vereinbar sind, ist eine Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde möglich, die gemäß § 4 Abs. 7 mit Auflagen versehen sein kann. Gewässerschauen sind gem. § 44 Wasserverbandsgesetz vorgeschrieben und fallen daher nicht unter dieses Verbot. Diese können daher auch weiterhin im LSG durchgeführt werden.

Forstwirtschaftliche Abfälle können z. B. Schlagabraum oder Wurzelwerk sein. Gemeint sind mit diesem Verbot aber nur die Abfälle, die in das LSG eingebracht werden. Dies wird in § 3 Satz 2 Nr. 12 ausdrücklich verboten. Die ordnungsgemäße Forstwirtschaft wird insoweit nicht eingeschränkt.

Das Verbot in § 3 Satz 2 Nr. 13 ist erforderlich, weil der Bodenabbau erst ab 30 m² einer Genehmigung durch die zuständige untere Naturschutzbehörde bedarf und bereits kleinere Bodenabbaumaßnahmen zu einer Beeinträchtigung des Gebietes führen können, wenn beispielsweise ein naturschutzfachlich bedeutsamer Biotoptyp betroffen ist.

Gemäß § 3 Satz 2 Nr. 14 darf Wasser aus oberirdischen Gewässern oder Grundwasser nicht entnommen werden. Ist eine Wasserentnahme für Löscharbeiten notwendig, handelt es sich um Gefahr im Verzug und fällt nicht unter dieses Verbot.

Nach § 3 Satz 2 Nr. 15 ist es untersagt, in die bestehenden Verhältnisse des Wasserhaushalts in der Art einzugreifen, dass es zu einer weitergehenden Entwässerung des Schutzgebietes oder von Teilflächen kommen kann. Dies kann zu Veränderungen des Grundwasserstandes führen, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf z. B. grundwasserabhängige Ökosysteme haben könnte. Betroffen wären vor allem die Sümpfe sowie die Bruchwälder.

Um den Schutz und die Förderung der wild lebenden Pflanzen und Tiere zu gewährleisten (siehe § 2 Abs. 2 Nr. 5), ist es gemäß § 3 Satz 2 Nr. 18 verboten, gentechnisch veränderte Organismen einzubringen, d. h. anzubauen. Gentechnisch veränderte Organismen können sich außerhalb ihres vorgesehenen Anbaubereiches ausbreiten und verwildern und somit mit

den Wildpflanzen konkurrieren und diese verdrängen. Dies würde zu einer Beeinträchtigung des besonderen Schutzzweckes führen und ist daher zu unterlassen.

Für den Erhalt der biologischen Vielfalt ist es untersagt nichtheimische, gebietsfremde oder invasive Arten im LSG auszubringen oder anzusiedeln (§ 3 Satz 2 Nr. 19). Eine heimische Art ist eine wild lebende Tier- oder Pflanzenart, die ihr Verbreitungsgebiet oder regelmäßiges Wanderungsgebiet ganz oder teilweise a) im Inland hat oder in geschichtlicher Zeit hatte oder b) auf natürliche Weise in das Inland ausdehnt; als heimisch gilt eine wild lebende Tier- oder Pflanzenart auch, wenn sich verwilderte oder durch menschlichen Einfluss eingebürgerte Tiere oder Pflanzen der betreffenden Art im Inland in freier Natur und ohne menschliche Hilfe über mehrere Generationen als Population erhalten. Eine gebietsfremde Art ist eine wild lebende Tier- oder Pflanzenart, wenn sie in dem betreffenden Gebiet in freier Natur nicht oder seit mehr als 100 Jahren nicht mehr vorkommt. Eine invasive Art ist eine Art, deren Vorkommen außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebiets für die dort natürlich vorkommenden Ökosysteme, Biotope oder Arten ein erhebliches Gefährdungspotenzial darstellt (z. B. Drüsiges Springkraut (*Impatiens glandulifera* Royle), Japanischer Staudenknöterich (*Fallopia japonica*)).

Gemäß § 3 Satz 2 Nr. 20 ist die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln untersagt. Jedoch können Pflanzenschutzmittel nach vorheriger Zustimmung der zuständigen unteren Naturschutzbehörde verwendet werden, sollte dies zur horstweisen Bekämpfung von Problemunkräutern aus naturschutzfachlicher Sicht erforderlich sein. Zudem sind Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft und nach den Vorgaben gemäß § 4 Abs. 5 auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen gestattet.

6.2 Zulässige Handlungen

Zulässig ist die Unterhaltung und Instandsetzung bisher noch funktionsfähiger Drainagen, sofern sich dadurch die Entwässerungsleistung nicht erhöht. Mit dem Begriff Instandsetzung ist auch der Austausch abgängiger bisher funktionsfähiger Drainagerohre gemeint. Im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft zur Verbreiterung des Vorgewendes erforderliche, geringfügige Erweiterungen von Verrohrungen von Gewässern oder Gruppen, die nicht dem Wasserrecht unterliegen, sind zulässig. Eine zusätzliche Verrohrung von Gewässern III. Ordnung (Gräben, die Grundstücke mehrerer Eigentümer entwässern) bedarf gemäß § 36 Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) einer wasserrechtlichen Genehmigung und ist daher nicht grundsätzlich freigestellt.

Die Durchführung von Maßnahmen durch Bedienstete von Behörden sowie deren Beauftragte in Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben ist zulässig. Hierunter fallen auch Maßnahmen zur Durchführung geowissenschaftlicher Untersuchungen zum Zwecke der amtlich geologischen und bodenkundlichen Landesaufnahme.

Der zulässige Neubau von Weidezäunen in ortsüblicher Weise umfasst ebenfalls den Bau von Zäunen zum Schutz von Weidetieren vor dem Wolf gemäß der Richtlinie Wolf des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz¹.

¹ Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen und Zuwendungen zur Minderung oder Vermeidung von durch den Wolf verursachten wirtschaftlichen Belastungen in Niedersachsen (Richtlinie Wolf) - RdErl. d. MU v. 15.05.2017, Nds. MBl. 2017, 1067 - VORIS 28100.

Zulässige Handlungen bezüglich der Gewässerunterhaltung

Die ordnungsgemäße Unterhaltung von Gewässern III. Ordnung und Gräben, die nicht dem Wasserrecht unterliegen, ist zulässig, jedoch ohne den Einsatz der Grabenfräse in ständig wasserführenden Gräben. Gemäß § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG ist es verboten, "ständig wasserführende Gräben unter Einsatz von Grabenfräsen zu räumen, wenn dadurch der Naturhaushalt, insbesondere die Tierwelt erheblich beeinträchtigt wird". Diese Regelung bezieht sich nur auf Gräben, die überwiegend und nicht nur zeitweise Wasser führen bzw. über einen längeren Zeitraum feucht oder nass sind, so dass von einer einem aquatischen Lebensraum entsprechenden Artenzusammensetzung ausgegangen werden kann. Betroffen sind vor allem Amphibien, Insekten und Kleinsäuger. Gruppen sind von dem Verbot des Einsatzes der Grabenfräse gemäß § 4 Abs. 3 nicht betroffen, da es sich in der Regel um keine ständig wasserführende Gräben handelt, weil sie lediglich der Oberflächenentwässerung dienen.

Zulässige Handlungen bezüglich jagdlicher Einrichtungen

Die Nutzung, Unterhaltung und Instandsetzung von bestehenden jagdlichen Einrichtungen wie Hochsitzen und sonstigen nicht beweglichen Ansitzeinrichtungen sowie Wildäsungsflächen, Futterplätzen, Hegebüschen und Kunstbauten ist, sofern sie mit dem Schutzzweck vereinbar sind, zulässig. Lediglich die Neuanlage bedarf der Zustimmung der Naturschutzbehörde, die regelmäßig erteilt wird, sofern sie nicht dem Schutzzweck gemäß § 2 der Verordnung zuwiderläuft.

Befindet sich aber z.B. ein Wildacker auf Flächen, die für die Grünlanderhaltung oder -entwicklung vorgesehen sind, so fällt dies nicht unter die zulässigen Handlungen. Zu den Wildäsungsflächen gehören u. a. Wildäcker, die Äsung für das Wild bereithalten sollen und dem Wild zusätzlich auch Deckung bieten. Hegebüsche können z.B. Hecken, Feldgehölze oder Gebüsche sein, die dem Wild als Zufluchtsstätte oder Ruhezone dienen. Transportable jagdliche Ansitzeinrichtungen dürfen weiterhin genutzt und aufgestellt werden. Die Anlage von Kurrungen in jagdgesetzlich vorgegebener Art und Weise ist mit Anzeigepflicht an die Naturschutzbehörde zulässig, um die Wahrung des Schutzzwecks gemäß § 2 der Verordnung zu sichern.

Zulässige Handlungen in Bezug auf die natur- und landschaftsverträgliche landwirtschaftliche Bodennutzung gemäß § 5 BNatSchG

Zum Schutz der bestehenden Grünlandflächen und um Stoffeinträge in die Gewässer zu vermeiden, sind Regelungen zur landwirtschaftlichen Nutzung notwendig.

Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung rechtmäßig bestehender Grünlandflächen nach guter fachlicher Praxis gemäß § 5 BNatSchG ist auf allen rechtmäßig bestehenden und genutzten Grünlandflächen unter Beachtung der Vorgaben aus § 4 Abs. 5 zulässig. Auf allen Grünlandflächen ist ein mindestens 1 m breiter Uferrandstreifen entlang der Gewässer III. Ordnung, gemessen von der Böschungsoberkante, von der Nutzung auszunehmen, damit diese vor Stoff- und Sedimenteinträgen geschützt werden. Diese Regelung gilt **nicht** für Gräben, einschließlich Wege- und Straßenseitengräben als Bestandteil von Wegen und Straßen, die dazu dienen, die Grundstücke von **nur einem** Eigentümer zu bewässern oder zu entwässern (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1 NWG). Gewässer III. Ordnung sind gemäß § 40 NWG diejenigen oberirdischen Gewässer, die nicht Gewässer I. oder II. Ordnung sind. Die Breite von 1 m ist als grundsätzliche Mindestbreite zu sehen, die jedoch im Einzelfall je nach Örtlichkeit auch um einige Zentimeter abweichen kann. Viehtränken können z. B. nicht beliebig weit vom Gewässer angelegt werden. Somit kann an dieser Stelle von der Mindestbreite abgesehen

werden. Ebenso können von dem vollständigen Nutzungsverzicht des Gewässerrandstreifens Ausnahmen zulässig sein, wenn das Entwicklungsziel auf einer bestimmten Fläche z. B. eine Hochstaudenflur ist. In diesem Fall kann eine einschürige Mahd sinnvoll sein. Darüberhinausgehende Regelungen in Satzungen der Wasser- und Bodenverbände oder Unterhaltungsverbände bleiben unberührt.

Beim Ausbringen von Dünger ist ein Abstand von 5 m zur Böschungsoberkante der Gewässer III. Ordnung einzuhalten, um diese vor Nährstoffeinträgen zu schützen. Wenn abdriftmindernde Techniken wie z. B. Schleppschauch- oder Schleppschuhverfahren beim Ausbringen von Dünger angewendet werden, gilt dieser Schutzabstand nicht, sondern es muss lediglich der in § 4 Abs. 5 Nr. 1a) erforderliche Abstand von 1 m eingehalten werden.

Zusätzlich sind zum Schutz des Grünlandes außerdem folgende Vorgaben erforderlich. Zur Erhaltung des Charakters des Gebietes und der dort vorhandenen Grünlandflächen ist die Umwandlung von Grünland nicht erlaubt.

Eine Beweidung ist nur auf trittfesten Standorten, d. h. keine grundwassernahen Standorte, und ohne Zufütterung sowie Durchtreten der vorhandenen Grasnarbe erlaubt. Eine zeitlich begrenzte Anfütterung (z. B. 3 – 4 Wochen im Herbst) oder eine Anlockfütterung mit kleinen Mengen, um die Tiere zu kontrollieren oder später einzufangen, ist erlaubt. Es handelt sich um eine nicht zulässige Zufütterung, wenn auf der Fläche nicht mehr genug Futter für die Tiere ist, zusätzlich z. B. Heuraufen aufgestellt werden und durch Verbleiben der Tiere auf der Fläche die Grasnarbe zerstört wird.

Die Maßnahmen zur Grünlanderneuerung umfassen auf artenarmen Intensivgrünländern auch die wendende Bodenbearbeitung mittels Pflügen. Zu bevorzugen ist allerdings die nicht wendende Bodenbearbeitung ohne Zerstörung der Grasnarbe (z. B. Scheiben- oder Schlitzdrillverfahren). Die Maßnahmen bedürfen einer vorherigen Zustimmung der zuständigen unteren Naturschutzbehörde. Über- oder Nachsaaten auch im Schlitzdrillverfahren sind erlaubt. Diese zulässige Maßnahme dient der Verbesserung der Grasnarbe nach Wildschweinschäden oder nutzungsbedingten Schäden wie z. B. Fahrspuren. Die Regelungen nach §2a NNatSchG bleiben unberührt.

Bei den Flächen, die in der Karte schraffiert dargestellt sind, handelt es sich um bereits gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NAGBNatSchG geschützte Flächen (Seggen-, binsen- oder hochstaudenreiche Nasswiese), die bereits ohne weitere Unterschutzstellung nicht zerstört werden dürfen. Auf diesen Flächen ist eine Grünlanderneuerung nicht zulässig, um die vorhandene Artenzusammensetzung zu erhalten. Schäden an der Grasnarbe können nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde durch Über- und Nachsaat behoben werden. Dabei kann das zu verwendende Saatgut entsprechend der vorhandenen Artenzusammensetzung von der Naturschutzbehörde vorgegeben werden, um eine aus naturschutzfachlicher Sicht negative Veränderung zu verhindern. Hierunter fallen auch erforderliche Über- und Nachsaaten auf kleinen Flächen (z.B. Ausbesserung von Fahrspuren und Wildschäden) Die Düngung der Fläche wird auf maximal 80 kg/ha/Jahr beschränkt, da eine zu starke Düngung der Fläche die Artenzusammensetzung in Richtung wuchsstarker stickstoffliebender Gräser verschieben kann. Dies kann langfristig zu Dominanzbeständen einzelner Arten führen, während die für die Flächen charakteristischen Arten verschwinden, da diese auf nährstoffärmere Standorte angepasst sind. Grundsätzlich ist auch die Artenvielfalt auf mittleren Standorten, auch was den Nährstoffhaushalt betrifft, am größten. Eine Mahd der Fläche darf nicht vor dem 16. Juni erfolgen und es ist auch eine Einschränkung der Beweidungsdichte auf 2 Weidetiere

pro Hektar bis zum 21. Juni festgelegt. Danach darf die Besatzdichte der Tiere erhöht werden, wobei ein Durchtreten der Grasnarbe zu verhindern ist. Diese Regelung ist erforderlich, damit die erforderliche Reproduktionsphase der Pflanzen für die Erhaltung und Förderung der für die eingezogenen Biotoptypen charakteristische Artenzusammensetzung im Frühjahr gewährleistet wird.

Die zuständige Naturschutzbehörde kann gemäß § 4 Abs. 5 Satz 2 der Verordnung nach vorheriger Abstimmung im Einzelfall Ausnahmen von den Regelungen des § 4 Abs. 5 Nr. 1 und 2 zulassen.

Zulässige Handlungen in Bezug auf die ordnungsgemäße Forstwirtschaft gemäß § 11 NWaldLG

Bei den Waldflächen, die keinem LRT zuzuordnen sind, aber dennoch naturschutzfachlich wertvoll sind und einen wichtigen Lebensraum darstellen, handelt es sich überwiegend um Erlenbruchwald, Kiefernwald und sonstigen Laubwald. Deshalb sind einige Vorgaben bezüglich der forstwirtschaftlichen Nutzung erforderlich.

Die Holzentnahme ist boden- und bestandsschonend durchzuführen und auf den Zeitraum vom 01. August bis 28. Februar beschränkt, da störungsempfindliche Arten nicht durch forstwirtschaftliche Hiebsmaßnahmen während der Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit beeinträchtigt werden sollen. Im Einzelfall kann es in Kalamitätsfällen, aus Gründen der Bodenschonung (Trockenheit) oder tatsächlich fehlender Betroffenheit der Arten erforderlich bzw. geboten sein, schon früher mit der Holzentnahme zu beginnen. In diesem Fall ist es erforderlich, die Holzentnahme fünf Werktage vor Durchführung der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen (§ 4 Abs. 6 Nr. 1a).

Totholz soll in den Wäldern in einem angemessenen Umfang stehen bzw. liegen gelassen werden, da es u. a. vielen Tierarten als Unterschlupf oder Lebensraum dient. Mit Totholz werden in der Forstwirtschaft abgestorbene Bäume oder Baumteile und deren Überreste bezeichnet, die mehr oder weniger fortgeschrittene Zerfallserscheinungen aufweisen. Es wird zwischen stehendem und liegendem Totholz unterschieden. Bäume, die aufgrund biotischer oder abiotischer Ursachen frisch abgestorben sind, fallen nicht unter die Definition des Totholzes. Starkes Totholz hat einen Mindestdurchmesser von 50 cm bzw. 30 cm bei Birke und Erle und generell auf ungünstigen Standorten oder von 20 cm auf nährstoffarmen Moorböden (bei stehendem Totholz in Brusthöhe, bei liegendem am stärkeren Ende gemessen). Für die Mindestanforderung werden Stücke ab 3 m Länge gezählt.

Der flächige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nur nach vorheriger Anzeige (mindestens zehn Werktage vor Beginn der Maßnahmen) bei der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig, da lediglich in begründeten Einzelfällen solche Mittel eingesetzt werden sollen. Pflanzenschutzmittel wie z. B. Pestizide treffen in der Regel nicht nur die Schadorganismen, sondern schädigen außerdem andere Insekten, darunter auch stark gefährdete und besonders geschützte, oder indirekt auch solche Tiere, die sich von den vergifteten Schadorganismen ernähren. Eine Düngung der Wälder ist nicht erlaubt, da es sich bei dem Bereich insgesamt um einen Moorstandort handelt, der durch seine Nährstoffarmut gekennzeichnet ist. Eine Düngung führt in diesem Fall zu einer Verdrängung der an die Nährstoffarmut angepassten Kraut- und Moospflanzen. Startdüngungen im Rahmen einer Kulturmaßnahme sind hingegen zulässig. Eine weitere Einschränkung zur ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung ist, dass

der forstwirtschaftlich notwendige Wegeneu- und -ausbau nur mit Zustimmung der Naturschutzbehörde erlaubt ist. Die vorhandenen Wege reichen grundsätzlich zur Beibehaltung der bisher ausgeübten forstwirtschaftlichen Nutzung aus. Die Einschränkung dient der Verhinderung einer naturschutzfachlich nicht wünschenswerten weiteren Intensivierung der forstwirtschaftlichen Nutzung und der Zerschneidung von bisher zusammenhängenden Waldbeständen.

FFH-Lebensraumtypen

Bei den in der Karte schraffiert dargestellten Waldflächen handelt es sich um verschiedene FFH-Lebensraumtypen in unterschiedlichen Erhaltungsgraden. Unter § 4 Abs. 6 Nr. 2 sind alle Auflagen aufgeführt, die angelehnt an den Walderlass² für alle Flächen gelten, auf denen FFH-Lebensraumtypen in verschiedener Ausprägung vorkommen. Dazu gehören Auflagen zur schonenden Bewirtschaftung der Waldflächen, wie ein Kahlschlagverbot, die zeitliche Regelung der Holzentnahme und das Verbot des flächigen Einsatzes von Herbiziden und Fungiziden. Die Regelungen des Walderlasses stellen dabei die mindestens erforderlichen Bewirtschaftungseinschränkungen dar, die zur Erhaltung oder Entwicklung der Waldflächen in einen günstigen Erhaltungsgrad erforderlich sind.

Um bei der Holzentnahme ausreichende Rücksicht auf die im Wald lebenden Arten und insbesondere auf die für die FFH-Lebensraumtypen charakteristischen Arten nehmen zu können, ist die Holzentnahme in Altholzbeständen abweichend von § 4 Abs. 6 Nr. 1a) in den Sommermonaten nur nach Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig. Die Zustimmung wird erteilt, soweit der Behörde keine entgegenstehenden Brut- oder Aufzuchtstätten von geschützten oder für den FFH-Lebensraumtyp charakteristischen Arten bekannt sind. Vor einer Baumfällung ist aufgrund des Vorkommens von Fledermausarten besonders genau auf Höhlen, Stammrisse und -spalten zu achten, die sich oft in schlecht einsehbaren oberen Kronenbereichen in starken Totholzästen befinden.

Auf befahrensempfindlichen Standorten (z. B. feuchter Boden) sind neue Rückegassen nur in einem Abstand von 40 m anzulegen, um bei Holzentnahme eine Beeinträchtigung des Bodens möglichst zu minimieren. Um Bodenschäden zu vermeiden, ist ein Befahren außerhalb von Wegen mit Ausnahme für Maßnahmen zur Vorbereitung einer Verjüngung nicht zulässig.

Der Einsatz von Herbiziden und Fungiziden ist nur punktuell und nicht flächenhaft erlaubt, um schädliche Auswirkungen auf die charakteristische Artenzusammensetzung der Waldflächen zu vermeiden.

Für verschiedene FFH-Lebensraumtypen und deren Erhaltungsgrade sind gemäß Walderlass unterschiedliche Vorgaben zum Erhalt von Alt- und Totholz sowie Habitatbäumen und der dort zu verwendeten Baumarten vorgegeben. Die Vorgaben für die guten und mittleren-schlechten Zustände (Erhaltungsgrad B und C) führen dazu, dass alle Flächen langfristig einen günstigen Erhaltungsgrad erreichen, was die Artenzusammensetzung, die Alterszusammensetzung und Strukturvielfalt betrifft. In den FFH-Lebensraumtypen sind höhere Anforderungen an die Menge von Totholz zu stellen, als in den sonstigen Waldflächen.

² Erlass zur "Unterschützstellung von Natura 2000-Gebieten im Wald durch Naturschutzgebietsverordnung" Gem. RdErl. d. MU u. d. ML v. 29.3.2023 - VORIS 28100 -.

Altholz soll in einem angemessenen Anteil im Wald verbleiben oder entwickelt werden, da es u. a. vielen Tieren, darunter auch Fledermäusen, als Unterschlupf oder Lebensraum dient und sich nur aus Altholz Habitatbäume entwickeln können. Mit Altholz wird in der Forstwirtschaft ein Bestand bezeichnet, dessen Bäume regelmäßig einen Brusthöhendurchmesser (BHD) von mindestens 50 cm und/oder ein Alter von mehr als 100 Jahren aufweist. Bei Laubholz mit niedriger Umtriebszeit wie Erle und Birke liegt die entsprechende Untergrenze für den BHD bei 30 cm und für das Alter bei 60 Jahren. Als Hilfe zur Bestimmung der Zielstärke oder des Zieldurchmessers kann die Richtlinie zur Baumartenwahl³ herangezogen werden.

Mit Habitatbäumen sind lebende Altholzbäume mit Baumhöhlen, Horstbäume, Kopfbäume, breitkronige Hutebäume, Bäume mit erkennbaren Faulstellen und Mulmhöhlen, abgebrochenen Kronen oder Kronen, die zu mehr als einem Drittel abgestorben sind, sowie Uraltbäume gemeint, die aufgrund ihres hohen Alters oder ihrer großen Dimensionen mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits holzentwertende Fäulnis aufweisen. Habitatbäume dienen als Lebensstätte verschiedener Tierarten, wie Vögel, Fledermäuse und Käfer, die u. a. zu den charakteristischen Arten der FFH-Lebensraumtypen gehören. Eine ausreichende Anzahl dieser Lebensstätten auch in noch bewirtschafteten Wäldern ist eine Voraussetzung zur Erreichung eines günstigen Erhaltungsgrad der FFH-Lebensraumtypen und FFH-Arten.

Zulässige Handlungen bezüglich naturschutzfachlicher Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Die von der Naturschutzbehörde angeordneten und mit ihr abgestimmten naturschutzfachlichen Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen sind im LSG zulässig. Darunter fällt beispielsweise die Freihaltung der Offenlandschaft durch Entkusseln.

Andere Vorschriften

Weitergehende Vorschriften bzgl. der gesetzlich geschützten Biotope gemäß 30 BNatSchG i. V. m. § 24 NNatSchG, des allgemeinen Artenschutzes gemäß § 39 BNatSchG und des besonderen Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG bleiben von dieser Verordnung unberührt, d. h. sie gelten weiterhin.

Weitere zulässige Handlungen

Bestehende behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben von der Verordnung unberührt, sofern in ihnen nichts anderes bestimmt ist.

6.3 Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

In dem Gebiet ist es wünschenswert die landwirtschaftliche Nutzung zu extensivieren und somit artenreiche feuchte bis nasse Grünlandflächen zu entwickeln. Ebenfalls sind Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der FFH-Lebensraumtypen sowie der sonstigen Waldflächen anzustreben.

Als Instrumente zur Umsetzung der in § 6 der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere

³Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2004: Langfristige ökologische Waldentwicklung, Richtlinie zur Baumartenwahl, Heft 54.

- a) Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
- b) Freiwillige Vereinbarungen,
- c) Geförderte Naturschutzprojekte sowie
- d) Einzelfallanordnungen nach § 15 NNatSchG.

Anhang

Lebensraumtypische Baumarten und Hauptbaumarten⁴

FFH-Lebensraumtyp 9190 (alte bodensaure Eichenwälder auf Sandböden mit Stieleiche)

Lebensraumtypische Hauptbaumarten: Stiel-Eiche (*Quercus robur*), Trauben-Eiche (*Quercus petraea*) Sand-Birke (*Betula pendula*), Moor-Birke (*Betula pubescens*)

Lebensraumtypische Baumarten: Rot-Buche (*Fagus sylvatica*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Zitter-Pappel (*Populus tremula*), auf nährstoffreicheren Böden auch Hainbuche (*Carpinus betulus*), auf nassen, reicheren Standorten auch Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*)

FFH-Lebensraumtyp 91E0 (Auenwälder mit Erle, Esche, Weide)

Lebensraumtypische Hauptbaumarten: Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*), Gewöhnliche Esche (*Fraxinus excelsior*),

Lebensraumtypische Baumarten: Gewöhnliche Traubenkirsche (*Prunus padus*), Flatter-Ulme (*Ulmus laevis*), Stiel-Eiche (*Quercus robur*), Hainbuche (*Carpinus betulus*), Rot-Buche (*Fagus sylvatica*), Vogelkirsche (*Prunus avium*), Bruch-Weide (*Salix fragilis*)

FFH-Lebensraumtyp 91D0 (Moorwälder)

Lebensraumtypische Hauptbaumarten: Moor-Birke, (*Betula pubescens*), Wald-Kiefer (*Pinus sylvestris*)

Lebensraumtypische Baumarten: Sand-Birke (*Betula pendula*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), auf nährstoffreicheren Standorten auch Schwarz-Erle (*Alnus glutinosa*)

⁴ 26Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN): Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen - Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz. http://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/natura_2000/vollzugshinweise_arten_und_lebensraumtypen/vollzugshinweise-fuer-arten-und-lebensraumtypen-46103.html (Stand Oktober/November 2020).